

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 92 (1998)
Heft: 3

Buchbesprechung: Hinweise auf Bücher

Autor: Spieler, Willy

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Hinweise auf Bücher

Sonst ist alles Beten um den Frieden nur Geschwätz. Kirchensynode 1939–1946. Eröffnungsreden des Präsidenten *Max Wolff*. Herausgegeben von der Evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Zürich. 47 Seiten, gratis (Bezugsadresse: Kirchlicher Informationsdienst, Blaufahnenstrasse 10, 8001 Zürich).

Zu den grossen reformierten Gestalten in der düsteren Zeit staatlich wie kirchlich «rationierter Menschlichkeit» gehört neben Gertrud Kurz, Paul Vogt und Leonhard Ragaz auch Max Wolff, der weniger bekannte Präsident der Zürcher Kirchensynode in den Jahren des Zweiten Weltkriegs. Die vorliegende Broschüre versammelt Auszüge aus insgesamt 14 «Eröffnungsworten», in denen Wolff prophetische Kritik an den politischen Amtsträgern übte, unpolemisch, aber mit der Klarheit des unbestechlichen, Recht und Gerechtigkeit verpflichteten Oberrichters.

Auf die Zensurvorschriften, welche «die freie kirchliche Meinungsäusserung in Buch und Presse in Frage stellen», kommt Wolff in seiner Rede vom 29. Oktober 1941 zu sprechen. Er sagte zum Beispiel: «Ich denke da zunächst an die Massregelung der Zeitschrift *«Neue Wege»*, die unter Zensur gestellt und damit am weitem Erscheinen gehindert wurde, wollte sie ihren Charakter nicht preisgeben. Man mag sich zu diesem religiösen Blatte stellen, wie immer man will, so wird man ihm doch das Zeugnis nicht versagen können, dass es sich in den 35 Jahren seines Bestehens die Vertretung der Sache Christi in unserm geistigen, sozialen und politischen Leben zur höchsten Aufgabe gemacht und dass sein Redaktor in all dieser Zeit wie kaum ein anderer für das Sein und Werden einer wahren, ihrem Ursprung und Sinn getreuen Schweiz sich eingesetzt hat.»

Den wohl grössten Wirbel löste Wolffs Kritik an der Neutralität am 15. November 1944 aus. Die (Motta-)Schweiz habe die Völkerbundsidee aufgegeben, als sie nach dem Abessinienkonflikt 1938 zur «integralen Neutralität» zurückgekehrt sei und «diesen Verrat» als «den Gipfel staatsmännischer Weisheit» gepriesen habe. Am 16. Mai 1945 rief Wolff angesichts der eigenen «Mitschuld an der Weltkatastrophe» – durch Gleichgültigkeit gegenüber dem Hitlertum, Antisemitismus und Verdrängung der Folgen unmenschlicher Flüchtlingspolitik – zu Bescheidenheit und Busse auf. Bereits in seiner – hier ebenfalls enthaltenen – «Hallenstadionrede» von 1942 an die «Junge Kirche» hatte Wolff gemahnt, die Kirche müsse ihre Stimme erheben, «wenn Flüchtlinge in Todesnot ins Elend zurückgestossen werden, wenn man von ihr im Namen der Neutralität

fordert, dass sie zu schwerstem Unrecht, das in der Welt geschieht, schweige...» – «Herr Dr. Wolff» habe seine Ausführungen «in eigener Verantwortung» gemacht, liess der Kirchenrat damals verlauten. *Willy Spieler*

Christian Kissling: *Die Schweiz in guter Verfassung*. Herausgegeben von der Schweizerischen Nationalkommission Justitia et Pax, NZN-Buchverlag, Zürich 1997. 121 Seiten, Fr. 21.–.

Christian Kissling, Sekretär von Justitia et Pax und Verfasser dieser gehaltvollen Studie, ist von der Notwendigkeit einer *neuen Verfassung* überzeugt, nicht weil die Schweiz eh schon in guter Verfassung wäre (die nur «nachgeführt» werden müsste), sondern damit sie sich in guter Verfassung wiederfinde. Die Schrift dokumentiert auch die *Stellungnahme der Schweizer Bischöfe* zum Verfassungsentwurf und gibt Aufschluss über das sozialethische Denken, das hinter dieser Vernehmlassung steht.

Kissling geht davon aus, «dass die alte Formel, der Bund habe zum Zweck, Unabhängigkeit und Freiheit zu wahren und Ruhe und Ordnung zu gewährleisten, heute nicht mehr ausreichen kann». Statt dessen lasse sich «die Zukunftsfähigkeit unseres Staates nur sichern», «wenn die Aspekte der Umweltverträglichkeit unseres Lebens, der Weltverträglichkeit unserer Aussenbeziehungen, der Sozialverträglichkeit unserer gesellschaftlichen Entwicklung und der Demokratieverträglichkeit unseres politischen Systems in den Vordergrund» treten. Diese *Kriterien einer «guten Verfassung»* kontrastieren mit der neoliberalen Reduktion der Zukunftsfähigkeit auf «Standortvorteile» und «Wettbewerbsfähigkeit».

Im Abschnitt über «Sozialpolitik» formuliert der Autor die wichtigsten «*Sozialziele*» des Staates. Zum Beispiel soll der Bund Vorkehrungen treffen, damit alle Menschen in diesem Land ihren Lebensunterhalt durch Arbeit bestreiten können, eine angemessene Wohnung finden sowie Zugang zum Gesundheits- und Bildungssystem erhalten. Darüber hinaus sollten mindestens zwei «*Sozialrechte*» in der Verfassung verankert werden: das Recht auf Existenzsicherung und das Recht auf Bildung. Kritische Bemerkungen fallen zur Wirtschaftsfreiheit, die nicht einen «absoluten Wert» darstelle wie etwa die Religions- und Gewissensfreiheit. Konkret müsste somit «in einer neuen Verfassung das Prinzip einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft festgeschrieben» und nicht «der Grundsatz der Handels- und Gewerbefreiheit einfach weitergeschleppt werden». *W.Sp.*